AZ Zürich

157/01

Mittwoch, 10. Juli 1991
Nr. 157

Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Der Zürcher Zeitung 212. Jahrgang

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telefax 252 13 29
Anzeigenabteilung: Postfach 215, CH-8021 Zürich, Telefax 258 16 77
Inlandabonnemente: Telefon (01) 258 15 30, Telefax 258 18 39
Auslandabonnemente: Telefon (01) 258 11 11, Telefax 258 18 39
Abonnementspreise und weitere Angaben Seite 4 (Impressum)

Schweiz					
Fr. 1.50	bFr. 60.—	Lit. 2200.—	sKr. 12.—
	dKr. 12.—	lFr. 45.—	Pts. 200.—
	DM 2.50	hfl. 3.25	Kan. Inseln
	fFr. 10.—	nKr. 13.—	Pts. 225.—
	Dr. 260.—	öS 20.—	t£ 6000.—
	£ 0.90	Esc. 240.—	Ft. 90.—

Trotz der Vereinbarung von Brioni waren am Dienstag in Slowenien noch Barrikaden aufgestellt. Unsere Aufnahme zeigt eine Blockade in Ljubljana. (Bild Reuter)

Verbaler Kleinkrieg in Jugoslawien

Unterschiedliche Interpretation der Vereinbarung von Brioni

Während in Slowenien die Waffen schweigen, reden die Konfliktparteien von einem drohenden Krieg. Das Staatspräsidium hat in einer in der Nacht auf den Dienstag veröffentlichten Erklärung Slowenien beschuldigt, nicht allen gegenüber der EG eingegangenen Verpflichtungen nachgekommen zu sein. Auch wird der in der Nacht auf den Montag auf Brioni vereinbarte Kompromiss von den Konfliktparteien in unterschiedlicher Weise interpretiert. Die Entscheidung über Krieg oder Frieden hängt wohl vor allem davon ab, ob es gelingt, den kroatisch-serbischen Konflikt zu entschärfen.

C. Sr. Wien, 9. Juli

Das jugoslawische Staatspräsidium, das am Montag abend – in Abwesenheit des Slowenen Drnovsek und des Kroaten Mesic – mehr als fünf Stunden tagte, hat in einer in der Nacht auf den Dienstag veröffentlichten Erklärung die slowenische Führung beschuldigt, nicht alle Verpflichtungen erfüllt zu haben, die sie bei den Verhandlungen mit den Abgesandten der EG auf der Adria-Insel Brioni in der Nacht auf den Montag eingegangen sei. Warum Mesic der Sitzung in Belgrad fernblieb, ist nicht ganz klar. Offiziell hiess es, er habe Fieber. Nach Ansicht der anwesenden Mitglieder des Präsidiums hat sich Slowenien nicht an die in der Vereinbarung festgelegten Fristen gehalten. So seien *noch nicht alle Gefangenen freigelassen* und nicht alle Barrikaden vor den Einrichtungen der Bundesarmee, vor allem vor den Kasernen, entfernt worden. Ebenso habe Slowenien noch nicht alle Angehörigen der Territorialverteidigung demobilisiert.

Ein Hinweis auf die Natur der noch bestehenden Differenzen lässt sich aus dem Umstand ableiten, dass die Führung in Ljubljana noch vor zwei Tagen verlangt hatte, die gefangenen *Armeesoldaten,* die noch nicht freigelassen wurden, müssten gegen die in den slowenischen Kasernen der Bundesarmee gegen ihren Willen dienstverpflichteten Rekruten und Soldaten slowenischer Nationalität *ausgetauscht* werden. Der slowenische Präsident *Kucan* wies die vom Präsidium erhobenen Beschuldigungen zurück und erklärte, die – in der Nacht auf den Dienstag abgelaufenen – Fristen bedeuteten lediglich, dass bis zu diesem Zeitpunkt mit der Erfüllung der entsprechenden Forderungen *begonnen* werden müsse. Das Präsidium hat erneut die Vertreter Mazedoniens und Bosniens, Tupurkovski und Bogicevic, zu Gesprächen nach Ljubljana entsandt.

Widerwille in Slowenien

Der in der Nacht auf den Montag von allen Konfliktparteien angenommene Kompromissvorschlag wird – ebenso wie die beiden vorhergegangenen – in unterschiedlicher Weise interpretiert. Während Präsident Kucan die Vereinbarung als einen *ersten Schritt* auf dem Weg zur internationalen *Anerkennung* Sloweniens bezeichnete, meinte Serbiens Vertreter im Staatspräsidium, Jovic, die Annahme der Deklaration von Brioni bedeute die *Aussetzung* der Unabhängigkeitserklärung. In Slowenien und Kroatien wird das dreimonatige Moratorium jedoch so interpretiert, dass die beiden Republiken vorläufig auf weitere Schritte im Prozess der Loslösung verzichten wollen. In Slowenien selbst ist am Dienstag ein heftiger Streit über die Vereinbarung von Brioni entbrannt. Der Widerstand gegen die in der gemeinsamen Deklaration enthaltenen Bestimmungen nimmt ganz offensichtlich zu. Verschiedene Politiker, etwa Parlamentspräsident *Bucar* oder Vertreter des radikalen Flügels des Regierungsbündnisses Demos haben die Vereinbarung, die vor allem von Präsident Kucan und vom slowenischen Vertreter im Staatspräsidium, Drnovsek, verteidigt wird, heftig kritisiert. Für sie kommt der Kompromiss einer Kapitulation gleich. Die Unabhängigkeit werde in dem Dokument überhaupt nicht erwähnt. Auch habe Slowenien *keine Garantie* erhalten, dass die Armee nicht wieder zuschlagen werde. So ist es im Augenblick noch *ungewiss,* ob das *Parlament,* dem die Entscheidung vorbehalten wurde, die auf Brioni ausgehandelte Vereinbarung, wenn es am Mittwoch in Ljubljana zusammentritt, überhaupt annehmen wird.

Warnung Tudjmans vor einem Krieg

Kroatien hat die EG-Vorschläge zur Beilegung der Krise gutgeheissen. Präsident *Tudjman* betonte jedoch am Montag abend, die kroatische Führung werde an ihrem Unabhängigkeitskurs festhalten und die bereits vom Parlament verabschiedeten Beschlüsse *nicht ausser Kraft* setzen. Er unterstrich auch, dass die in der Vereinbarung enthaltene Forderung nach dem Rückzug der Einheiten der Bundesarmee in ihre Kasernen auch für die in Kroatien im Einsatz stehenden Truppen gelten müsse. Die kroatische Führung werde, so Tudjman, alles tun, damit es wegen des «Terrorismus» in den von Serben bewohnten Gebieten – also in *Ostslawonien* und in der *«Krajina»* – nicht zu einem «katastrophalen Krieg» komme. Falls aber die Bemühungen um eine friedliche Beilegung der Probleme erfolglos bleiben oder Einheiten der Bundesarmee eingreifen sollten, werde Kroatien jeden Zoll seines Bodens verteidigen.

Von einem drohenden Krieg sprach am Montag abend auch das serbische Präsidiumsmitglied *Jovic.* Eine Entspannung der politischen Lage in Jugoslawien sei nur dann möglich, wenn es gelinge, den kroatisch-serbischen Konflikt zu entschärfen. Der Umstand, dass Kroatien auf einer Abspaltung bestehe, während die dort lebenden Serben in einem einheitlichen Jugoslawien leben wollten, könne einen Krieg auslösen. Europa müsse zur Kenntnis nehmen, so Jovic, dass auch die 600 000 *kroatischen Serben* ein Recht auf *Selbstbestimmung* hätten.

Unversöhnlicher Gegensatz zwischen Serben und Kroaten

Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die Entscheidung über Krieg oder Frieden in erster Linie davon abhängt, ob der kroatisch-serbische Konflikt gelöst werden kann. Wie dies allerdings angesichts der *Unfähigkeit zu Kompromissen,* des *irrationalen Hasses* und der täglich in unverantwortlicher Weise in der Presse aufgestachelten Emotionen geschehen soll, weiss niemand. Bisher sind bei Zusammenstössen in den von Serben bewohnten Gebieten Kroatiens mehr Menschen ums Leben gekommen als während der Militärintervention in Slowenien. Vertreter der serbischen Führung fordern zudem immer lauter und immer direkter die Schaffung eines grossserbischen Staates und eine Änderung der innerjugoslawischen Grenzen.

Enthüllende Aussagen des «Innenministers» der «Krajina»

Dass die kroatischen Vorwürfe, Teile der Armee unterstützten die für ein Grossserbien kämpfenden «Terroristen», alles andere als aus der Luft gegriffen sind, zeigt auch ein kürzlich in der Belgrader Zeitung «Politika» veröffentlichtes Interview mit dem selbsternannten Innenminister und damit auch Polizeichef der «Krajina», *Martic.* Er betont darin, dass die *Zusammenarbeit* seiner bewaffneten Einheiten *mit der Armee* «äusserst korrekt» sei. Es bestehe, so meint er ohne weitere Präzisierungen, eine «Koordination», denn «wir und die Bundesarmee haben einen gemeinsamen Feind». Die Frage, über wie viele bewaffnete Serben er gebiete, lässt er unbeantwortet. In dem Interview brüstet sich der Polizeichef auch damit, dass er mit der Hilfe Serbiens moderne und *schwere Waffen* gekauft und eine eigentliche Armee mit Infanterie und Artillerie zur «Verteidigung des serbischen Bodens und des serbischen ethnischen Raumes» aufgebaut habe. Gegenwärtig sei er daran, eine «Luftwaffe» zu schaffen. So seien bereits einige Kampfhelikopter einsatzbereit. Ob all dies wirklich zutrifft oder ob es sich dabei nicht viel eher um eine der vielen Desinformationen handelt, die im jugoslawischen Nerven- und Propagandakrieg täglich in die Welt gesetzt werden, lässt sich natürlich von aussen nicht beurteilen.

Serbisch-kroatischer Schusswechsel an der Donau

Belgrad, 9. Juli. (afp) Unbekannte haben an der serbisch-kroatischen Grenze am späten Montag abend Einheiten der jugoslawischen Volksarmee mit *Minenwerfern* beschossen. Dies meldete die Agentur Tanjug in der Nacht auf den Dienstag. Einheiten der Garnison von Novi Sad, der Hauptstadt der Vojvodina, die die Donaubrücke zwischen Backa Palanka auf serbischer Seite und Ilok auf kroatischer Seite bewachten, seien von Ilok aus unter Beschuss genommen worden, berichtete Tanjug unter Berufung auf ein Communiqué des Informationszentrums der zu Serbien gehörenden Provinz Vojvodina. Die Armee habe das Feuer erwidert und werde auch jeden weiteren Angriff entsprechend beantworten, hiess es in dem Communiqué.

Albanische Warnung vor Blutvergiessen im Kosovo

Tirana, 9. Juli. (Reuter) Der albanische Präsident *Ramiz Alia* hat die Völkergemeinschaft aufgerufen, Blutvergiessen in der von vielen Albanern bewohnten jugoslawischen Provinz Kosovo zu verhindern. Die Nachrichtenagentur ATA meldete am Dienstag, in einem an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, an die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und an die Europäische Gemeinschaft gerichteten Brief Alias habe es geheissen, die jugoslawische Teilrepublik Serbien bereite nach vorliegenden Informationen *«neues Blutvergiessen»* im Kosovo vor. Serbien rüste Banden zum Angriff auf die Albaner in der Provinz mit Waffen aus.

(Siehe auch Seite 3)

Neue Streiks in polnischen Bergwerken

Warschau, 9. Juli. (Reuter) Die Bergleute der drei *Zink- und Bleiminen* Polens sind in den Streik getreten, um ihrer Forderung nach Lohnerhöhungen Nachdruck zu verleihen. Die amtliche Nachrichtenagentur PAP meldete am Dienstag, von dem Arbeitskampf seien die Minen von Olkusz, Pomorzany und Boleslaw betroffen. Der Ausstand habe begonnen, nachdem die Regierung am Montag eine Erhöhung der Löhne abgelehnt habe.

Abschluss der Moskau-Visite Felipe Gonzalez'

Spanisch-sowjetischer Freundschaftsvertrag

U. Sd. Moskau, 9. Juli

Am dritten und letzten Tag seines Sowjetunionbesuches hat sich der spanische Ministerpräsident Gonzalez anlässlich einer gemeinsam mit Präsident Gorbatschew gegebenen Pressekonferenz sehr lobend über den Stand der spanisch-sowjetischen Beziehungen geäussert. Die Gespräche in Moskau seien nützlich und ergiebig gewesen, beide Seiten hätten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit im europäischen Rahmen im allgemeinen und zwischen Spanien und der Sowjetunion im besonderen ausgedrückt. Gorbatschew nahm Bezug auf ein vor der Pressekonferenz unterzeichnetes Freundschafts- und Zusammenarbeitsabkommen, dem er das Potential attestierte, eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des sowjetisch-spanischen Dialogs zu spielen.

Mehr Fassade als Substanz

Mit leicht kritischem Unterton sprach Gorbatschew, der es einmal mehr sorgfältig vermied, im Vorfeld des Londoner G-7-Treffens finanzielle Forderungen zu erwähnen, vom Stand der wirtschaftlichen «Zusammenarbeit», die in seiner Sicht nicht ganz der Bedeutung des politischen Dialoges zwischen Madrid und Moskau entspricht. Gonzalez spann diesen Gedanken dann auf seine Weise weiter, indem er feststellte, der rechtliche Rahmen der sowjetisch-spanischen Beziehungen sei um vieles weiter entwickelt als die wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Bande.

Der spanische Regierungschef hatte sich während seines gesamten Aufenthaltes in der sowjetischen Hauptstadt kaum exponiert. Seine Unterredung mit dem russischen Präsidenten *Jelzin* war zu kurz, als dass man darin einen Affront gegenüber Gorbatschew hätte erkennen können, und die Resultate dieser Begegnung waren denn auch eher dürftig. Es seien einige spanisch-russische Kooperationsprojekte «studiert» worden, meinte Gonzalez. Er machte aber gleichzeitig klar, dass eine Zusammenarbeit mit Russland ausschliess-

Tagesinformation

Expertengutachten zur Dreisäulenkonzeption
Eine wissenschaftliche Überprüfung der Dreisäulenkonzeption der Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenvorsorge durch fünf Experten führte trotz unterschiedlicher Gewichtung einzelner Elemente grundsätzlich zu einer positiven Bewertung dieses Prinzips. Seite 17

Einigung in Bonn über den Subventionsabbau
Die Bonner Koalition hat sich im Vorfeld der Budgetberatungen nach einem internen Seilziehen auf den Abbau von Subventionen in der Höhe von über 33 Milliarden DM innerhalb der nächsten 3 Jahre geeinigt. Die Einsparungen werden sich erst 1994 voll auf den Haushalt auswirken. Seite 31

Uneinigkeit über die neue Stadtzürcher Bau- und Zonenordnung
Die Kommission des Gemeinderates hat nach 50 Sitzungen ihre Anträge zur neuen Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich unterbreitet. Die rot-grüne Kommissionsmehrheit hat die ohnehin restriktive Vorlage des Stadtrates noch verschärft. Seiten 47 und 49

Südafrika mit Olympiateam in Barcelona
Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, hat in Lausanne bekanntgegeben, dass Südafrika offiziell zu den Olympischen Spielen 1992 in Barcelona eingeladen worden ist. Damit wird Südafrika nach einem 21jährigen Bann aus der olympischen Familie erstmals wieder teilnahmeberechtigt. Seite 53

Wie gefährlich sind biologische Kampfstoffe?
Obwohl biologische Kampfstoffe in vergangenen Kriegen kaum je eingesetzt wurden, kommen sie immer wieder in die öffentliche Diskussion. Verschärft wird diese durch die neuen Möglichkeiten der Gentechnologie; es gibt aber keine Gründe anzunehmen, dass B-Waffen deswegen in entscheidendem Ausmasse an Bedeutung gewonnen haben. Seite 57

Inhaltsübersicht Umfang 60 Seiten

Ausland	1–5	Radio und TV	29/30
Wetter und Vermischtes	7, 11	Wirtschaft	31–36
Inland	17–19	Börsen	39–45
Feuilleton	21	Stadt und Kanton Zürich	47–51
Roman	22	Sport	53/54
Forschung und Technik			55–58
Anzeigen-Überblick			Seite 2

Neue Zürcher Zeitung vom 10.07.1991